

Neujahrsempfang DGB Senioren und SoVD 21. Januar 2020

Rede Klaus Wicher, 1. Landesvorsitzender SoVD Hamburg

Es gilt das gesprochene Wort.

Es ist noch früh im Jahr 2020 und deswegen ist es noch erlaubt, Euch vor allem eine gute Gesundheit und ein ereignisreiches Jahr zu wünschen.

Mit der Wahl zur Bürgerschaft am 23. Februar haben wir noch ein Highlight in Hamburg vor uns, wie man hört, allerdings mit unbestimmtem Ausgang. Wir werden sehen.

Lieber Rolf-Dieter, liebe Jutta, lieber Vorstand der DGB Senioren, liebe Katja, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste,

heute freue ich mich ganz besonders, die Neujahrsansprache auf unserem gemeinsamen Neujahrsempfang 2020 halten zu dürfen. Ich fühle mich sehr geehrt, dies in einem außerordentlich bedeutsamen und vermutlich schwierigen Jahr mit den Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft am 23. Februar als einem deutlichen Ausrufezeichen für unsere Stadt.

Ganz zu Beginn, lieber Vorstand der DGB Senioren, mit euren vielen Mitstreiterinnen und Mitstreitern, möchte ich betonen, dass **ihr besonders für die ältere Generation in der Stadt viel eingebracht** und auch viel erreicht habt. Ihr seid vermutlich die stärkste Seniorengemeinschaft in Hamburg. Der SoVD Hamburg schätzt Euch als sehr innovativen und zuverlässigen Partner. Deswegen sage ich ganz zu Beginn: **Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit mit Euch in 2021 und in den kommenden Jahren!**

Die Zusammenarbeit mit Katja pflegen wir u. a. in Bündnissen. Wir schätzen sie als vertraute Partnerin. Danke Katja! Das soll auch so weiter gehen.

Am 31. Dezember des letzten Jahres stand auf der ersten Seite des Hamburger Abendblatts **„Noch nie ging es vielen Menschen in der Hansestadt so gut“**. Wenn ich so was lese, dann frage ich mich, welchen Blick haben diese Redakteure auf die Menschen in unserer Stadt? Armutsgefährdet in der Stadt ist fast jeder Fünfte, das sind rund 350.000 Menschen, mehr als 45.000 von Ihnen können von ihrer Rente nicht leben

und müssen mit Grundsicherung aufstocken. Der SoVD geht allerdings davon aus, dass es **mindestens einer halben Million Menschen in der Stadt nicht gut geht**. Kinder und Erwachsene, die mit einem mulmigen Gefühl in die Zukunft blicken. Dass ist die Realität in der Stadt, Kolleginnen und Kollegen.

Wahlen sind immer Richtungsentscheidungen, auch die am 23. Februar in Hamburg. Stets werden neue Justierungen und politische Ausrichtungen vorgenommen.

Die taktischen Spielchen im Vorfeld machen deutlich, **es geht offenbar sehr um den Machterhalt für die Parteien**. Ich kann davor nur warnen und den Machtdogmatikern sagen, diese Diskussion führt zu weiterer **Politikverdrossenheit** und die die das beginnen werden am Ende nicht die Gewinner sondern die Verlierer sein. Denn wenn vor der Wahl bereits feststeht, was nach der Wahl kommt, wird das keine Begeisterungstürme auslösen, im Gegenteil! Und vor allem wird es die vermeidlichen Machtoptionen auf Dauer nicht absichern.

Für uns stellt sich die Frage, ob neben dem überragenden Thema Klimawandel auch die Sozial- und Seniorenpolitik eine Rolle spielen wird? Bei aller Dramatik, die uns für die Zukunft auferlegt wird, ein würdevolles Leben sollte jedem zugestanden werden und, das kann und muss unsere Gesellschaft auch leisten, Kolleginnen und Kollegen.

Unsere Leitplanken sind **Soziale Gerechtigkeit, Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit**, an denen wir nicht nur festhalten, die wir einfordern werden. Unsere Ansichten und Ideen dazu werden wir einbringen, wir werden uns einmischen, **DGB, seine Einzelgewerkschaften und der SoVD Seite an Seite**.

Für uns wird es darauf ankommen, den Menschen eine Perspektive zu geben, die von der Gesellschaft abgekoppelt sind und die Angst vor der Zukunft haben. Sie alle haben Angst vor dem Abstieg. Sie fühlen sich politisch ohnmächtig. Einige glauben in den Rechtspopulisten jemanden gefunden zu haben, die ihnen helfen wollen. Illusionen entstehen immer dort, wo Not groß ist. Nicht nur die materielle, wo sich jemand verlassen fühlt. Vergessen fühlt von der Entwicklung, sich benachteiligt fühlt. Politik muss auf diese Menschen zugehen und ihnen Halt geben. **Das ist unsere Aufgabe. Wir müssen überzeugend verdeutlichen, dass bei uns niemand zurückgelassen wird. Wir müssen Armut erfolgreich bekämpfen, für gute Arbeit sorgen, Langzeitarbeitslosen helfen einen Job zu finden und**

Altersarmut vermeiden. Das ist Aufgabe der Politik in Bund und Land. Das fordern wir von einem neuen Senat!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Rechtspopulismus, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit sind stets die Totengräber von Gewerkschaften und Sozialverbänden gewesen. Das hat die Geschichte in vielfältiger Weise gezeigt. **Massiver Widerstand von uns kann nur die Antwort sein.**

Wir erleben eine **tiefgehende soziale Spaltung und größere Gegensätze zwischen Arm und Reich**, gerade auch in unserer Stadt. Verlierer des globalisierten Kapitalismus geraten immer weiter an den Rand der Gesellschaft, auch in Hamburg. Armut ist in unserer Stadt allgegenwärtig. Besonders bedrückend ist die seit Jahrzehnten hohe Kinderarmut. Aber auch immer mehr alte Menschen geraten in den Sog der Armut. **Für sie bedeutet dies den Ausschluss aus der Gesellschaft am Ende ihres Lebens. Ein Weg ohne Umkehr! Dies können, dies dürfen wir nicht zulassen.**

Wir brauchen einen Aktionsplan gegen Armut im Bund und in Hamburg. Gerade Hamburg als reiche Kommune kann viel tun. Armut ist nicht Gottgegeben, Armut muss es in einer aufgeklärten Gesellschaft, die zudem materiell reich ist, nicht geben. In Zukunft werden wir daher mehr als bisher die politischen Kräfte öffentlich und nachdrücklich auffordern, tätig zu werden.

Es gibt grundsätzlich **drei Ansatzmöglichkeiten**, um der Altersarmut wirksam zu begegnen und eine ordentliche Rente aufzubauen.

Erstens: Die Gehälter im Arbeitsleben müssen so sein, dass davon eine gute gesetzliche Rente aufgebaut werden kann.

Zweitens: Das Rentenniveau muss bei mindestens 50 Prozent stabilisiert und schnell wieder auf das lebensstandardsichernde Niveau von 53 Prozent angehoben werden. Rentenabschläge darf es nicht mehr geben.

Drittens: Die Ausgleichselemente für beitragsfreie bzw. -geminderte Zeiten müssen wieder eingeführt werden.

Das alles wissen wir und vieles davon muss auf Bundesebene entschieden werden. Die Grundrente muss jetzt kommen, um Menschen eine bessere Perspektive zu ermöglichen. Wir wissen aber auch, dass dieses Instrument den Anstieg der Altersarmut nicht stoppen wird, weil viele die Hürde jetzt offenbar 33 Jahre Beitragszeiten nicht überspringen können und eine

Bedürftigkeitsprüfung viele ausschließen wird. Dennoch wird es uns eine Atempause verschaffen. **Das müssen wir nutzen!**

Der DGB und der SoVD haben die ganze Breite der Sozialpolitik im Blick. Der heutige Neujahrsempfang wird von den DGB Seniorinnen und Senioren und vom SoVD ausgerichtet. Deswegen werde ich mich heute mit dem Thema seniorengerechte Stadt auseinandersetzen. Ich möchte darauf blicken, was kann Hamburg tun, um sich darauf vorzubereiten, dass 2030 etwa jeder Dritte/jede Dritte zu den Seniorinnen und Senioren gehören wird. Das ist heute und schon gar nicht in der Zukunft eine kleine Randgruppe.

Wir müssen uns stärker als bisher damit auseinandersetzen, dass die Altersarmut jedes Jahr kontinuierlich ansteigt und sich die Zahl der Betroffenen seit 2005 mehr als verdoppelt hat. 27.000 Altersruhegeldempfänger müssen mit Grundsicherung aufstocken, weil sie von ihrer Rente nicht leben können. Das verheerende Ausmaß der Armut bei Rentnerinnen und Rentnern sieht man allerdings erst, wenn man die Erwerbsminderungsrentner einbezieht. 45.000 Grundsicherungsempfänger in Hamburg können von ihrer Rente nicht leben und müssen daher aufstocken. Dem Senat kann man an dieser Stelle nur ein Armutszeugnis ausstellen und jeden kommenden Senat werden wir daran messen, ob er Fortschritte für die älteren Menschen erzielt.

Ein zukünftiger Hamburger Senat kann an **fünf zentralen Stellschrauben** drehen:

Erstens: Gewährung eines monatlichen Zuschlags auf die Grundsicherung, um das hohe Preisniveau in der Metropole Hamburgs auszugleichen. Es geht nicht um ein üppiges Leben in Saus und Braus, sondern um ein menschenwürdiges Dasein auch im Alter. Das könnte der noch amtierende Senat umsetzen, wenn er die Kraft dazu hat.

Aufhorchen lässt in diesem Zusammenhang eine Meldung der Münchner SPD (vom 24. Januar 2019, 17:45 Uhr), „Sie will den Zuschlag auf die Grundsicherung von 21 Euro auf 100 Euro monatlich erhöhen. Das ginge, wenn der Bundesgesetzgeber dafür den Weg freimachen würde. Herr Scholz, wie wäre es, so als Vorschlag des Bundesfinanzministers? Das würde bei den armen Rentnerinnen und Rentnern auch in Hamburg und auch bei uns gut ankommen.“

Zweitens: Schaffung von Quartierzentren für eine integrierte Altenhilfe mit hauptamtlichen Mitarbeiter*innen und ergänzendem Ehrenamt. Die Angebote der Stadt und der Wohlfahrtsverbände sind zu bündeln, der Hausbesuch ist einzubinden, damit er seine volle Wirkung entfalten kann. Wesentlich ist

auch, dass die Menschen müssen aktiv beteiligt werden. In München gibt es 32 Alten- und Servicezentren und weitere Spezialzentren, die präventive und versorgende Angebote verknüpfen und die beispielsweise allen unter der Armutsgrenze leben Menschen ein kostenloses Mittagessen anbieten.

Dies zeigt zweierlei: Die Zentren können generationsübergreifend und für alle Betroffenen ausgebaut werden und eine Kommune kann einen wesentlichen Beitrag zur Armutsbekämpfung beitragen. Voraussetzung ist, dass die Zersplitterung des Angebotes in Hamburg überwunden wird und dass die Angebote bekannt gemacht und damit für alle genutzt werden können.

Drittens: Für bedürftige Menschen muss die Nutzung des ÖPNV kostenfrei sein. Mobilität ist die Grundvoraussetzung, um sich an der Gesellschaft beteiligen zu können. Allen muss es daher ermöglicht werden, die es sich ansonsten nicht oder nur mit großen Opfern leisten können.

Viertens: Kostenfreier Eintritt in städtische Angebote für Freizeit, Sport und Kultur. Beispiel: Der München-Pass bietet Münchner Bürgerinnen und Bürgern mit geringem Einkommen und Wohnsitz in München eine Vielzahl von Vergünstigungen bei der Inanspruchnahme von städtischen und nicht städtischen Einrichtungen. Dies wäre auch ein Vorbild für Hamburg, das der Senat sogar besser machen kann.

Fünftens: Hamburg braucht wenigstens **5000 neue und barrierefreie Sozialwohnungen pro Jahr**. Die Zahl der Sozialwohnungen ist seit dem Amtsantritt von Olaf Scholz und Peter Tschentscher von knapp 100.000 auf unter 80.000 gesunken. Wir haben in Hamburg dank der SAGA/GWG, den Genossenschaften und sozial verpflichteten Wohnungsgesellschaften gut 250.000 Wohnungen mit einem sozialen Mietpreis von bis zu 6,60, aber über 370.000 Anspruchsberechtigte. Baute die Stadt jährlich 4.000 Sozialwohnungen und würden keine aus der Bindung fallen, dann könnte diese Lücke bis 2050 geschlossen werden. Darüber würden allerdings viele hinsterben. Und natürlich fallen weiter Sozialwohnungen aus der Bindung, so dass der Zeitraum viel länger wird.

Auch im Zusammenhang mit einer guten Politik für Seniorinnen und Senioren kann der Senat vielen Langzeitarbeitslosen helfen, um in eine sozialversicherungspflichtige Arbeit zu kommen. Das dies bisher nur für 650 gelungen ist, liegt auch daran, dass der Senat sich hier nicht genügend einbringt. Die Ausweitung haushaltsnaher Dienstleistungen, der Aufbau von QuartierZentren, die Mitarbeit in vielen sozialen Einrichtungen und in der öffentlichen Verwaltung. Das sind nur einige Beispiele. Es fehlt dem Senat an Gestaltungswillen und der notwendigen Hinwendung auf diese benachteiligte Gruppe.

Ich habe an einigen Beispielen aufgezeigt, wie Hamburg älteren Mitbürgern in Hamburg helfen kann. Die Liste kann erweitert werden. Vorschläge der DGB Senioren und des SoVD liegen zum Mitnehmen bereit. **Der Hamburger Senat ist gefordert, er muss nur den Willen dazu aufbringen, um Verbesserungen auf den Weg zu bringen.**

Das immer mehr Ältere zur Tafel gehen müssen, um ihren Alltag zu bewältigen und die Zahl der Grundsicherungsempfänger immer weiter ansteigt, kommt nicht von allein, sondern ist Ergebnis von politischem Handeln.

Voltaire hat gesagt: „Alle Menschen sind klug – die einen vorher, die anderen nachher“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auskömmliche Renten statt Altersarmut muss unser Ziel sein. Ein erster Schritt wäre die Einführung einer Grundrente. Auch wenn man ganz deutlich sagen muss, dass dies bei der Bekämpfung von Armutsrentnern nur eine Atempause verschafft, denn viele werden die geforderten 33 oder 35 Beitragsjahre gar nicht zusammen bekommen. Das ist Bundesrecht und es kommt nicht von allein. Es wird insbesondere auf die Gewerkschaften, die Sozialverbände und andere wesentliche Player ankommen und darauf, welchen Druck wir machen können. Es kommt auf jeden von uns an! Öffentlich müssen wir uns gemeinsam für gesetzliche Renten einsetzen, die den Lebensstandard sichern. **Die Bürgerschaftswahlen und die noch vor uns liegende Bundestagswahl werden wir nutzen, um unsere Forderungen lautstark einzubringen. Dass sind die besten Zeitpunkte. Die dürfen wir und werden wir nicht verpassen.**

Ich danke Euch für Eure Geduld und Aufmerksamkeit.